

## A N T W O R T

zu der Anfrage der Abgeordneten

Astrid Schramm (DIE LINKE.)

Birgit Huonker (DIE LINKE.)

betr.: Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln im Saarland

Vorbemerkung der Fragestellerinnen:

Die saarländische Landesregierung hat zu Recht festgestellt:

„In Deutschland lehnen die Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln mehrheitlich ab. Die Gentechnik-Freiheit soll daher als Qualitätsmerkmal hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus saarländischem Anbau auch zukünftig erhalten bleiben.“

Allerdings verfüttern konventionelle Landwirte in Deutschland gentechnisch verändertes Mais- und Sojafutter als Ergänzungsfutter bei Geflügel, Schweinen und Rindern. Das bedeutet, dass häufig Nahrungsmittel wie Butter, Joghurt, Milch, Quark, Käse, Sahne sowie Eier, aber auch Hähnchen-, Schweine-, Rind- und Putenfleisch zumindest indirekt mit Gentechnik in Kontakt kommen.

Greenpeace stellt im Januar 2015 dazu fest:

„Die Ablehnung von Gentechnik im Essen ist bei den Verbrauchern seit über 18 Jahren gleichbleibend hoch. Deswegen gibt es bis heute in Deutschland kaum Lebensmittelhersteller, die Zutaten aus Gen-Pflanzen direkt verarbeiten. Anders sieht es bei tierischen Produkten wie Fleisch, Eiern und Milch aus. 80 Prozent der weltweit angebauten Gen-Pflanzen landen vom Verbraucher unbemerkt im Tierfutter.“

Die Umweltorganisation veröffentlichte kürzlich Umfrageergebnisse zu Gentechnik im Essen und Tierfutter, die sie bei 13 Supermarktketten abfragte. Auffällig dabei ist, dass als einziges Unternehmen die saarländische Globus SB-Warenhaus Holding GmbH & Co. KG keine Antwort gab. Greenpeace verweist ebenfalls darauf, dass McDonalds Deutschland genmanipulierte Soja an Hähnchen verfüttern lässt. Das Fleisch landet später in Chicken Nuggets oder Chicken Burgern.

In Bayern stammten 2013 nach Schätzungen der dortigen Landesanstalt für Landwirtschaft gut 40 Prozent der dort produzierten Milch aus gentechnikfreier Fütterung.

Leider können die Verbraucherinnen und Verbraucher im Saarland bisher meist nicht erkennen, wenn Gen-Futter in der Produktion eingesetzt wird.

Vorbemerkung Landesregierung:

Gentechnisch veränderte Lebensmittel müssen als solche gekennzeichnet werden. Dies gilt, wenn sie gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten, daraus bestehen oder aus GVO hergestellt werden oder Zutaten enthalten, die aus GVO hergestellt worden sind. Die Kennzeichnungspflicht gilt jedoch nicht für Spuren von GVO, die zufällig oder technisch unvermeidbar in das Lebensmittel gelangt sind und die unter einem Grenzwert in Höhe von 0,9% bezogen auf die einzelne Lebensmittelszutat bzw. auf das Lebensmittel liegen.

Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, dass auch Lebensmittel mit Zusatzstoffen, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) hergestellt wurden (z. B. Vitamine), nicht kennzeichnungspflichtig sind, sofern die GVO (meist werden hier Mikroorganismen verwendet) vollständig entfernt wurden.

Für gentechnisch veränderte Futtermittel gelten ähnliche Anforderungen wie für Lebensmittel. Hinsichtlich der Verwendung gentechnisch veränderter Futtermittel unterliegen Milch, Fleisch und Eier von Tieren, die unter Verwendung von GVO-Futtermitteln gefüttert wurden, gemäß den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 nicht der GVO-Kennzeichnungspflicht.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Kennzeichnung von gentechnikfreien Produkten ausgebaut wird und dadurch Transparenz, Klarheit und Informationsgehalt für Verbraucherinnen weitest möglich hergestellt werden. In diesem Zusammenhang hat die saarländische Landesregierung folgenden Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz (VMSK) am 16.05.2014 in Rostock-Warnemünde unterstützt:

„Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Verbraucherschutzressorts der Länder halten Produkttransparenz und eine nachvollziehbare Kennzeichnung für ein wertvolles Gut. Sie bitten die Bundesregierung sich dafür einzusetzen, die Kennzeichnung von gentechnikfreien Produkten zu fördern.“

Wieviel Soja-Schrot und Mais wird jährlich von saarländischen Landwirten verfüttert? Welcher Anteil hiervon ist gentechnisch verändert? Falls dazu keine exakten Angaben möglich sind: Gibt es hierzu Schätzungen?

Zu Frage 1:

Hierzu liegen der Landesregierung keine verlässlichen Daten vor, da über die tatsächliche Verfütterung von gentechnisch verändertem Soja und genetisch verändertem Mais keine verlässlichen Statistiken existieren.

Die deutsche Futtermittelwirtschaft schätzt, dass der Anteil an genetisch veränderter Soja in Deutschland bei über 80% der Gesamtmenge liegt. Dieser Prozentsatz dürfte im Saarland etwas niedriger ausfallen, da der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe, die in ihren Futterrationen auf gentechnisch verändertes Futter verzichten, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt höher liegt.

Wieviel Prozent der im Saarland produzierten Milch stammt aus gentechnikfreier Fütterung?

Zu Frage 2:

Das Saarland ist das Bundesland mit dem dritthöchsten Anteil an ökologisch wirtschaftenden Betrieben (13,9%) und mit dem höchsten Öko-Flächenanteil (12,3%) an der gesamten Agrarfläche des Landes. Diese Betriebe produzieren ca. 5 Mio. kg Milch pro Jahr. Das entspricht ca. 5,5% der im Saarland produzierten Milch.

Befürwortet die Landesregierung eine Kennzeichnungspflicht für Fleisch- und Milchprodukte aus Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen und befürwortet die Landesregierung auch eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Futtermittel? Falls ja, wann können diese jeweils eingeführt werden?

Zu Frage 3:

Siehe Vorbemerkung der Landesregierung. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Erzeugnisse aus Fütterung mit gentechnisch veränderten Futtermitteln ist nur europarechtlich möglich und ist auch nur europaweit sinnvoll. Voraussetzung hierzu ist die Änderung der EU-Verordnung 1829/2003.

Die Europäische Kommission hat am 22.04.2015 einen Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung vorgelegt, mit der die Mitgliedsstaaten die Befugnis erhalten sollen, die Verwendung von GVO in Lebens- oder Futtermitteln in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen. Der Legislativvorschlag wird nunmehr im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Beratung übermittelt.

Eine Kennzeichnungspflicht für Futtermittel selbst besteht bereits.

Im Saarland wurden in den letzten Jahren die ersten Felder mit nicht heimischer Soja zu Demonstrationszwecken angebaut. Gibt es dafür Förderungen? Wenn ja, welche? Welche Erkenntnisse wurden aus dem Anbau nicht heimischer Soja im Saarland gewonnen?

Zu Frage 4:

Auf zwei landwirtschaftlichen Betrieben (ein Ökobetrieb und ein konventioneller Betrieb) werden zu Demonstrationszwecken im Saarland rund vier Hektar gentechnikfreie Soja angebaut. Eine spezielle Förderung wird nicht gewährt und würde gegen geltendes Europarecht verstoßen.

Im Rahmen der Eiweißstrategie der Bundesregierung werden die Landwirte, die sich an dem Demonstrationsvorhaben beteiligen, durch Beratung und Informationsaustausch mit anderen Regionen innerhalb dieses Demonstrationsnetzwerkes unterstützt. Detaillierte belastbare Erkenntnisse aus dem Anbauversuch liegen noch nicht vor, da das Vorhaben erst angelaufen ist. Der Anbau von heimischer Soja stellt sich im Saarland aber vom Grundsatz her schwierig dar, da die Sojabohne hier im Land nicht die optimalen klimatischen Verhältnisse vorfindet. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich durch züchterischen Fortschritt künftig bessere Ergebnisse erzielen lassen.

Wie fördert und unterstützt die Landesregierung den Anbau traditioneller, heimischer Proteinpflanzen?

Zu Frage 5:

Die Beteiligung des Saarlandes an dem von der Bundesregierung initiierten Demonstrationsnetzwerk Sojaanbau ist eine Form der Unterstützung. Eine direkte Unterstützung anderer heimischer Proteinpflanzen durch die saarländische Landesregierung ist aufgrund der bestehenden Gesetzeslage nicht möglich. An dieser Stelle sei aber darauf hingewiesen, dass durch die Greening-Komponente innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene der Anbau heimischer Proteinpflanzen wie Ackerbohne und Erbse indirekt gefördert wird. Der Anbau von heimischen Proteinpflanzen wird auf die einzubringende Ökologisierungsfläche angerechnet.

Befürwortet die Landesregierung, wie in anderen Gegenden Deutschlands übliche Praxis, die Substitution meist genmanipulierten Sojaschrots aus Übersee mit heimischem Rapsschrot? Falls ja, welche Unterstützungen könnte sich die Landesregierung hierbei vorstellen? Falls nein, warum nicht?

Zu Frage 6:

Die Landesregierung befürwortet die Substitution von Importfuttermitteln durch die heimische Erzeugung. Dazu zählt auch der Einsatz von Rapsschrot. Solches Rapschrot fällt im Saarland nicht in großen Mengen an, da sich die großen Ölmühlen an der Rheinschiene platziert haben. Eine Unterstützung erfolgt in Form von Beratung durch die Landwirtschaftskammer für das Saarland. Die letztendliche Entscheidung, welches Futtermittel im Betrieb zum Einsatz kommt, trägt der Landwirt. Eine finanzielle Unterstützung würde gegen geltendes Wettbewerbsrecht verstoßen.

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, „dass über die Zulassung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Region entschieden werden sollte“ sowie dass „die Gentechnik-Freiheit als Qualitätsmerkmal hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus saarländischem Anbau auch zukünftig erhalten bleiben sollte.“

Wie kann dies angesichts der geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA ermöglicht werden?

Zu Frage 7:

Das Europäische Parlament und der Rat hatten sich im Dezember informell darauf geeinigt, dass die Mitgliedstaaten der EU den Anbau von GVO in ihrem Hoheitsgebiet einschränken oder verbieten dürfen, auch wenn ein genereller Anbau hier zulässig bleiben würde. Diese neue Regelung (Opt-out) muss von der Bundesrepublik Deutschland nun in nationales Recht umgesetzt werden. Die Landesregierung unterstützt dabei das Ziel, dass grundsätzlich ein nationales Anbauverbot ausgesprochen wird. Dadurch soll erreicht werden, dass dem Saarland, in dem als einzigem Flächenbundesland bisher noch kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen stattgefunden hat, die Gentechnik-Freiheit als Qualitätsmerkmal hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse auch zukünftig erhalten bleibt.

Inwiefern die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA einen Einfluss auf die bestehenden europäischen Gesetze zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen haben werden, kann bisher nicht abgeschätzt werden. Die Landesregierung lehnt jedoch Handelsabkommen, in denen die europäischen Schutzstandards bei Lebensmitteln und Verbraucherrechten aufgeweicht werden, ab.

Auf der Amtschefkonferenz am 15. Januar in Berlin hat das Saarland in einer Protokollerklärung unter TOP 2 in Bezug auf die Verhandlungen zum TTIP zugestimmt, „dass die Ansätze zu Lebensmittelsicherheit in der EU und in den USA von so unterschiedlichen Grundpositionen ausgehen, dass sie auf absehbare Zeit nicht vereinbar sein werden. Die Länder lehnen deshalb einen auf niedrige Standards nivellierten Markt ab.“

Zudem hat Herr Minister Jost bei einem Treffen der Länderminister mit dem EU-Agrarkommissar Phil Hogan im Rahmen der diesjährigen Grünen Woche in Berlin deutlich gemacht, dass es zu keiner Absenkung der Standards bei der Lebensmittelproduktion, der Gentechnikfreiheit oder dem Schutz regionaler Produkte durch TTIP kommen darf.

Das Saarland trat im Jahr 2013 dem Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen bei und bekannte sich zur Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft.

- a) Welche saarländischen Unternehmen nutzen das bundesweit bekannte Siegel „Ohne Gentechnik“? Für welche saarländischen Produkte darf es genutzt werden?
- b) Auf welche Weise unterstützt die saarländische Landesregierung die „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung?

- c) Mit welchen Städten, Gemeinden, Verbänden und Institutionen wurde seit 2012 eine Strategie entwickelt, damit das Saarland auch in Zukunft eine gentechnikfreie Anbauregion bleibt? Welche Schritte wurden davon bereits umgesetzt und welche befinden sich noch in der Umsetzung?

Zu Frage 8:

Das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen hat 62 Mitgliedsregionen aus neun Mitgliedstaaten. Dabei richtet sich die Arbeit des Netzwerkes an vier Leitlinien aus: Subsidiaritätsprinzip, Vorsorgeprinzip, Verursacherprinzip und Wahlfreiheit. Das Netzwerk spiegelt die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit gegenüber GVO wider.

- a) In der Liste des Verband Lebensmittel Ohne Gentechnik e.V. – Lizenznehmer und Mitglieder (Stand: 10.02.2015) sind keine saarländischen Unternehmen aufgeführt. Die saarländischen Landwirtschaftsbetriebe, die ökologisch wirtschaften, werben für alle ihre Produkte mit dem Label „Ohne Gentechnik“.
- b) Die saarländische Landesregierung unterstützt den Aufbau der „Ohne Gentechnik“ Kennzeichnung durch die weitere Förderung und Stärkung des ökologischen Landbaus im Saarland mit dem Ziel, 20% der saarländischen Fläche ökologisch zu bewirtschaften.
- c) Es wurden zwei Workshops zum Thema u.a. mit den Landkreisen und dem Regionalverband durchgeführt. Im Resultat setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die neue, europäische Opt-Out-Regelung, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen auf ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen, auf Bundesebene umgesetzt wird.